

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 39

Bezugspreis: vierteljährlich 2,40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Bringerlohn; durch die
Post 2,25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Samstag den 16. Februar 1918.

Anzeigenpreis (nachbar im voraus):
die leuchtendste Zeitungs- oder deren
Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 30 Pfg.

10. Jahrg.

Geht es abwärts?

Englische Beobachter sind es, die behaupten, daß Lloyd George nach seiner letzten Rede im Unterhause den Eindruck eines müden, abgearbeiteten, von der Sieghaftigkeit seiner Sache nicht mehr überzeugten Mannes gemacht habe. Wie er den Sitzungssaal verließ, seien seine Kollegen in stiller niederschlagender Stimmung zurückgeblieben, und man habe das Gefühl gehabt, als ob eine politische Krise in der Luft wäre. Es scheint danach, daß man sich auf Übertragungen in England gefaßt machen muß; es wäre nicht das erste Mal, daß Wetterzeichen in der Heimat einer militärischen Katastrophe im Felde vorangekündeten.

Sucht man den Ursachen des Mißbehagens nachzugehen, das im englischen Volke nach irgendeiner Entscheidung drängt, so sind es anscheinend die Beschlüsse des Versailles Kriegsrats, denen man kein volles Vertrauen entgegenbringen mag. Nicht die stolze Verführung, daß der Krieg trotz aller Friedensangebote der Mittelmächte mit äußerster Kraft weitergeführt werden würde; in dieser unerbittlichen Hartnäckigkeit hat die öffentliche Meinung in England gar nichts auszuweisen. Aber aus den heftigen, streng geheim gehaltenen Abmachungen scheint manches durchgesickert zu sein, was die kritischen veranlagten Gemüter im höchsten Maße beunruhigt. In ihrem Namen hat sich der Ministerpräsidenten um Aufklärung. Die er aber hätte sich in den Mantel des Staatsgeheimnisses und Schweigens über das Unterhaus, nicht weiter in ihn zu drängen, wenn er nicht dem Feinde die allerwichtigsten Hinweise für das, was das Frühjahr ihm bringen solle, vermitteln wollte. Dazu könne und werde er seine Hand nicht bieten, und wenn das Parlament in dieser Frage nicht hinter ihn stehe, dann müßte er sich eine andere Regierung suchen. Daß und Robertson, die beiden Oberbefehlshaber des britischen Heeres, seien bei den Beratungen in Versailles natürlich ungenutzt gewesen, und wenn man kein Vertrauen habe, dann müßten auch diese beiden Männer ersetzt werden. Wenn aber die Presse sich dieser Angelegenheit bemächtigen sollte, so bliebe das die Führung des Krieges unmöglich zu machen. Die Lösung müsse jetzt heißen: Schluß mit der Debatte; er wenigstens werde sich an ihr nicht länger beteiligen.

Es geht also um die militärische Führung auf der Entente-Seite, soweit ist klar. Man weiß nicht erst seit heute, daß die Leistungen der Haig und Robertson namentlich seit der letzten, blutig gescheiterten Blandernoffensive von heftigen Sachverständigen heftig bestritten werden, denen das Herz zittert bei dem Gedanken, daß die beiden Männern auch die voranschreitende endgültige Entscheidung des Jahres 1918 anvertraut bleiben sollen. Und deshalb scheint man in London bis auf weiteres entschlossen zu sein, nicht still zu halten, trotz der flehentlichen Bitten Lloyd Georges; es steht eben wieder auf dem Spiel. Die „Daily News“ betonen die Notwendigkeit, die Angelegenheit bis auf den Grund zu prüfen. Vor allem müsse das Unterhaus erfahren, ob die britischen Heerführer dem französischen Oberbefehl unterstellt worden sind. Das Blatt nennt in diesem Zusammenhang den Namen des Generals Rivelle, der, wenn wir nicht irren, in Frankreich als „Bluthund“ gekennzeichnet wurde — Verbündeten Angehörigen. Wenn wirklich er und nicht der General Foch an die Spitze der Westfront gestellt sein sollte, so wäre allerdings zu begreifen, daß man in England den kommenden Ereignissen nur mit Schrecken entgegensteht. Das Blatt verlangt bessere Gründe als die bisher gehörten für die Wahl gerade dieses Mannes, die es als Ausschlacht abtut. Auch den Einwand will es nicht gelten lassen, daß es sich um eine abgemachte Sache handle und daß man seine Ungelegenheiten gegenüber den Bundesgenossen verhehlen dürfe. Wenn das Parlament nicht konsequent und entschlossen handle, werde es noch zu ganz anderen Ungelegenheiten kommen. Es müßte, geschehe was da wolle, deutlich gemacht werden, daß England von Westminster und nicht von Versailles regiert werde.

Das sind scharfe Worte, die unumgänglich ohne Echo bleiben können. Sie lassen erkennen, wie gering in Wahrheit das gegenseitige Vertrauen der Bundesgenossen auf ihre militärische Zuverlässigkeit ist, und was man von den pompösen Erklärungen zu halten hat, mit denen sie regelmäßig nach ihren Konferenzen und Zusammenkünften auseinandergehen. Wenn schon Lloyd George die Geister in der Heimat nicht mehr beherrschen kann, dann muß es unfehlbar abwärts gehen mit der Siegesgewissheit in England. Für die bevorstehenden Entscheidungsschlüsse im Westen muß die rechte Stimmung!

Scharfe Stimmung gegen Lloyd George.

Eine Anzahl Londoner Blätter, vor allem der radikale „Star“, behaupten, die Stellung des Kabinetts Lloyd George sei stark erschüttert. Das Ansehen des Ministerpräsidenten habe Mittwoch einen erheblichen Stoß bekommen, daran sei nicht zu zweifeln. Der Schriftleiter der „Daily News“, Gardiner, richtet einen offenen Brief an den Leiter der liberalen Partei. Der Brief ist eine äußerst vernichtende

Anlage gegen die Regierung Lloyd Georges, deren unaufrichtiger Zustandekommen mit Hilfe der seit Kriegsbeginn bestehenden Verbindung zwischen Lloyd George und Northcliffe und deren Amtsführung mittels einer viel erregenden Pressefamarilla der Schreiber in den schärfsten Ausdrücken geißelt. Gardiner wirft dem Ministerpräsidenten Günstlingswirtschaft, Ränke, Ausschaltung des Parlaments und unheilvolle Gelegenheitspolitik ohne große Gedanken vor. Das Volk habe alles Vertrauen in die Regierung verloren, die in Bezug auf die Kriegsziele stets Unaufrichtigkeit gezeigt habe. „Wir wollen“, sagt Gardiner, „keine Annexionen, keine Kriegsentwicklungen zur Strafe. Wir wollen das Schwert vernichten, um die Grundlage für einen Völkervertrag zu legen, um die Lehre der Selbstbestimmung in allen Ländern durchzuführen, um die Abrüstung zu erzwingen und einen Völkervertrag zu gründen und um unsern Kindern die Möglichkeit einer besseren Erbschaft zu geben, als der einer für den ewigen Krieg organisierten Welt.“ Die liberale Partei dürfe nicht länger schlafend und dem Gardiner der jetzigen Regierung länger aufgeben. Sie dürfe das bedrohliche Versailles Geheimnis nicht geduldig hinnehmen und sich nicht mit der Phrase, daß Offenheit nicht im öffentlichen Interesse liege, abweisen lassen, wo Männer, die keine Partei hinter sich hätten, politisch bankrott seien und mit der Hungersnot und mit Millionen Menschenleben spielten. England brauche eine Regierung, die volles Vertrauen des Volkes besitze und unambiguös für die Grundzüge: Keine Annexionen, keine Kriegsentwicklungen zur Strafe, nationale Selbstbestimmung und Völkervertrag einträte. Gardiner schließt: Die erste Voraussetzung eines reinlichen Friedens ist, daß wir eine reinliche Regierung haben.

Balfour sucht zu retten.

Im Unterhause verurteilte Mittwoch der Minister des Auswärtigen Balfour der bedrohten Regierung neue Stützen zu geben. Er wandte sich gegen die Angriffe mehrerer Abgeordneten auf den obersten Kriegsrat in Versailles. Dieser sei in erster Linie zur Besprechung der großen militärischen Fragen zusammengekommen und habe eine Erklärung über die Schlüsse aus den Reden Hertlings und Czernins abgegeben, er habe aber nicht die Kriegsziele besprochen. In den Reden Hertlings und Czernins habe der oberste Kriegsrat seine Friedensannäherung gefunden. Es habe keinen Sinn, der Regierung vorzuwerfen, sie bediene sich nicht diplomatischer Mittel. Das hätte nur dann Zweck, wenn man mit einem Volke zu tun habe, das entschlossen sei, zu einer Übereinkunft zu gelangen. Die Mittelmächte hätten aber offen gezeigt, daß sie keine solche Absicht hätten.

Nach den Äußerungen der Presse hat diese Wiederholung aus den lautmäßig bekannten Kriegssreden Lloyd Georges durch Balfour die gegen das Kabinett herrschende Mißstimmung in keiner Weise beschwichtigt oder eingedämmt.

Die Lage im Osten.

Bessere Beratungen im Hauptquartier.

Berlin, 14. Februar.

Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, daß der Befehl zu der Demobilisierung, den Trost und die Volkskommissare am Sonntag durch Funkpruch erteilt hatten, an demselben Tage, vier Stunden danach, wieder zurückgezogen worden ist. Eine Demobilisierung des russischen Heeres ist also tatsächlich nicht erfolgt.

Aber die durch den Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk geschaffene Lage wird von zuverlässiger Seite folgendes mitgeteilt:

Durch die Trostischen Erklärungen ist eine Situation geschaffen, wie sie in der Weltgeschichte wohl noch nie dagewesen ist. Verschiedene aus dieser Lage sich ergebende Probleme bilden zurzeit beinahe den Gegenstand der Beratungen im Großen Hauptquartier, die zu einer vollen Übereinkunft der Auffassungen zwischen der militärischen und der politischen Leitung geführt haben und die noch fortgesetzt werden. Besonders interessant ist das Waffenstillstandsproblem, d. h. die Frage, ob der Waffenstillstand überhaupt noch zu Recht besteht oder nicht. Der Waffenstillstand ist seinerzeit ausgesprochen zu dem Zweck abgeschlossen worden, den Frieden zwischen den beiden Teilen herbeizuführen. Nun, nachdem der Abschluß eines Friedens überhaupt nicht erfolgt ist und auch nicht in naher Aussicht steht, ist also der Hauptzweckswert des Waffenstillstandsvertrages überhaupt verschwunden, und die Auffassung liegt nahe, daß nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist damit der Kriegszustand automatisch wieder in Kraft tritt, eine Tatsache, an der auch die einseitige Demobilisierung Rußlands nichts ändern würde.

Graf Czernin über den Friedensschluß.

Der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, antwortete auf eine Begrüßung bei seiner Rückkehr nach Wien:

„Das, was in Brest-Litowsk geschehen ist, ist noch nicht das Ende, aber es ist der Anfang des Weltfriedens. Nicht nur politische Krankheiten sind anstehend, auch politische Genesungen, auch der Friede wirkt anstehend, was die Zukunft bewahren wird. Brest-Litowsk ist aber auch in wirtschaftlicher Beziehung bedeutungsvoll. Was dort geschaffen wurde, ist ein Friedensfrieden, das Gegenteil von dem, was man einen Hungerfrieden nennt. Gewiß sind die Schwierigkeiten, die dem Transport entgegenstehen, noch bedeutend. Aber es sind alle Vorbedingungen getroffen. Und wenn auch die Verhältnisse sich nicht rasch von Tag zu Tag bessern werden, so werden sie sich doch von Monat zu Monat bessern.“

Die Zukunft Litauens.

Bischof Korewizius von Romno, der im Großen Hauptquartier und in Berlin mit den leitenden Personen über die litauische Frage verhandelt hat, erklärte in einer Unterredung mit einem Berliner Zeitungsvertreter, er sei gekommen, um den deutschen leitenden Stellen nahezu legen, daß die Zeit gekommen sei, ein selbständiges Litauen zu schaffen, das natürlich Anlehnung an Deutschland finden würde. Dem größten Teil der litauischen Bevölkerung schwebt die Schaffung eines monarchischen Staatswesens auf christlich-konservativer Grundlage vor. Nur wenige zahlreiche Elemente verneinen auf neue Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen. Nach Meinung des Bischofs Korewizius bildet die litauische Sache bereits den Gegenstand von Erörterungen im Großen Hauptquartier.

Der Kampf um das preuß. Wahlrecht.

Beginn der Ausschussberatungen.

Berlin, 14. Februar.

Heute begann der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses die Beratung des Wahlrechtsantrages. Paragraph 1 gibt das Wahlrecht jedem Preußen, der die Staatsangehörigkeit seit wenigstens drei Jahren besitzt und das 25. Lebensjahr vollendet hat, in der preussischen Gemeinde, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde. Jeder Wähler darf nur an einem Orte wählen. Für aktive Militärpersonen mit Ausnahme der Militärbeamten ruht das Wahlrecht.

Anträge.

Die Konservativen beantragen für die einjährige Ortsausfallszeit die dreijährige zu setzen. Ein national-liberaler Antrag will folgende Bestimmungen einfügen: „Auf die Teilnahme am gegenwärtigen Kriege findet für die einjährige Wahl auf Grund dieses Gesetzes die Voraussetzung des einjährigen Wohnsitzes oder Aufenthaltes in der Gemeinde oder dem Wahlbezirk keine Anwendung.“ Die fortschrittliche Volkspartei beantragt, die Bedingung der dreijährigen Staatsangehörigkeit zu streichen, für die einjährige Ortsausfallszeit eine solche von 6 Monaten zu setzen und auch den Satz zu streichen, daß der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde tritt, wenn diese in mehrere Wahlbezirke geteilt ist. Der Sozialdemokrat beantragte, das Wahlrecht jedem Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts nach Vollendung des 20. Lebensjahres in seiner preussischen Wohnkommune zu geben und im Falle der Ablehnung dieses Antrags nur eine einjährige Staatsangehörigkeit zu fordern, sowie die Erhebung der Gemeinde durch den Wahlbezirk zu streichen. — Nach der Begründung der Anträge erklärt

Minister des Innern Dr. Drowatz.

Die einjährige Aufenthaltssfrist ist auch in Elb- und Vordringen vorzulegen und sie gesteht. Eine dreijährige Aufenthaltssfrist würde die Allgemeinheit des Wahlrechts erheblich einschränken, und das will die Regierung nicht. Das Wahlalter von 25 Jahren entspricht der Reichsverfassung und darunter kann man nicht gehen. Was das Frauenwahlrecht anbelangt, so ist die Stellung der Frau von der des Mannes tatsächlich verschieden und muß es sein. Durch die Gleichstellung der Frau in die Politik würde man ihr die Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben, ihrer Mutter- und Erziehungspflichten, unmöglich machen. Die Erhebung der Gemeinde durch den Wahlbezirk bezieht sich in der Hauptsache auf Berlin und soll ein Hin- und Herbewegen der Wähler für vor der Wahl verhindern. Dem national-liberalen Antrag stimmt die Regierung grundsätzlich zu, er gerät jedoch in die Übergangsbestimmungen.

Nach einer weiteren Auseinandersetzung, in deren Verlauf der konservative Antrag zurückgezogen wird, erfolgt die Annahme des Paragraphen 1 in der Regierungsfassung. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt. Einmütig wird der national-liberale Antrag betr. die Kriegsteilnehmer zum Beschluß erhoben.

Ausschluß vom Wahlrecht.

Paragraph 2 zählt diejenigen Personen auf, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. National-liberale und konservative Anträge wollen den Kreis dieser Personen erweitern, wobei es sich namentlich um mit Gefängnis oder Zuchthaus über drei Monate bestraft handelt. Das Zentrum beantragt, den Ausschluß bei mehr als einjähriger Bestrafung für 5 Jahre. Außerdem beantragen die Konservativen die Einfügung eines § 2a, wonach auf die Dauer von 5 Jahren vom Wahlrecht ausgeschlossen werden Personen, die wegen verurteilender Verurteilung, vorläufiger Verurteilung oder Landfriedensbruchs zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt sind.

Die Regierung für mildere Auffassung.

Minister des Innern Dr. Drowatz findet den Gedanken der Anträge richtig. Die Regierung schlägt ja auch vor, die

